Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Nein zu US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland
2. Krieg in der Ukraine: Wir müssen verhandeln
3. Das Maidan-Massaker – eine Operation unter falscher Flagge
4. Nahostkonflikt: “Die Kampfansagen starten im Kindergarten”
5. Öffentlich-Rechtliche Desinformation
6. 500.000 Euro: Dieser Mann verdient mehr als Habeck und Scholz – und schadet unserer Wirtschaft!
7. Die «Heuschrecken» gefährden das Finanzsystem
8. So ungerecht geht es in Deutschland zu
9. BSW-Großspender von der Ostsee: Die wahre Herkunft der Wagenknecht-Millionen
10. Theo, wir fahren nach rechts

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Nein zu US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland**
   Die überraschende Verkündung einer von Bundeskanzler Olaf Scholz und US-Präsident Joe Biden getroffenen Vereinbarung am 10.7.24, ab 2026 in Deutschland drei Typen konventioneller Mittelstreckenwaffen zu stationieren, die gegen Russland gerichtet sind, erfordert vor allem Aufklärung. Wir fragen: Was ist über die zu stationierenden Waffensysteme bekannt? Welche Aufgaben sollen sie erfüllen? Stimmt

die Absicht, Russland von einem Angriff auf die NATO abzuschrecken, mit den Fähigkeiten dieser Waffen überein? Welche Folgen wird die Stationierung für Deutschland und Europa
haben? Wie stichhaltig sind die Argumente der Befürworter der Stationierung? Diesen Fragen sind wir nachgegangen und kommen zu folgendem Schluss: Es ist eine brandgefährliche Entwicklung, die der Stationierung von strategischen Nuklearwaffen Anfang der 80er Jahre sehr ähnelt. Neben der Aufklärung muss es einen laut vernehmbaren Widerspruch und Widerstand gegen dieses existenzgefährdende Vorhaben der deutschen Regierung geben.
Quelle: Friedensratschlag [PDF]

dazu: **Die Nato erhöht an Russlands Grenze weiter das Atomkrieg-Risiko**
Die Zerstörung russischer Abschussrampen würde das atomare Gleichgewicht gefährden. Deshalb droht ein russischer Erstschlag.
Russland, die Grossmacht mit den meisten Atomwaffen, wird in die Enge gedrängt. Die US-Abschussrampen für atomar bestückbare Raketen in Europa lassen Russland nur noch wenige Minuten Zeit, um auf einen tatsächlichen oder vermeintlichen westlichen Erstschlag mit einem Gegenangriff gegen die USA oder gegen Europa zu reagieren. Ein russischer Gegenschlag infolge eines Fehlalarms eines Nato-Angriffs wäre nach Erkennen des Fehlalarms nicht mehr zu stoppen und würde einen atomaren Schlagabtausch auslösen.
Quelle: Infosperber

dazu auch: **„Das BSW wird bei den US-Raketen keinen Kotau machen“**
Gastbeitrag von Sevim Dagdelen, außenpolitische Sprecherin der BSW-Gruppe im Bundestag zur Sicherheitsbedrohung durch die NATO und USA.
Im Rahmen der Veranstaltung des Berlin-Brandenburger Bündnisses gegen Krieg und Sozialabbau am 9. September im IG-Metall-Haus Berlin hat sich Sevim Dagdelen, außenpolitische Sprecherin der BSW-Gruppe im Bundestag, in ihrem Eingangsvortrag zur Sicherheitsbedrohung durch die NATO und USA geäußert und die Friedensposition von „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) bekräftigt.
Quelle: Overton Magazin

2. **Krieg in der Ukraine: Wir müssen verhandeln**
   Wer Gespräche über ein Ende des Kriegs in der Ukraine fordert, wird als Putin-Freund geschmäht. Dabei wäre ein offener Diskurs nötig, um einen Ausweg aus dieser unheimlichen Situation zu finden. […]
   Was machen wir eigentlich, wenn die Ukrainer es nicht allein schaffen, wenn unsere

Spekulationen schiefgehen, die Russen unsere völkerrechtlichen Spitzfindigkeiten übersehen, wir uns bei der Putin-Astrologie verirren – tragen wir dann selbst die Konsequenzen?
Quelle: DER SPIEGEL (Bezahlschranke)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Huch, was ist plötzlich mit dem SPIEGEL los? Der Text steht diametral zu all dem national- und wertebesoffenen Kriegsgetöse. Hier wünscht sich jemand Verhandlungen (auch mit dem Feind); zieht in Betracht, dass auch der Westen Fehler gemacht haben könnte (z. B. die Ausdehnung der NATO nach Osten); findet gar nichts Tolles daran, seine Gesundheit und sein Leben für eine höhere Sache zu opfern; und kritisiert – holla – sogar das eigene Blatt, den SPIEGEL, dafür, Sprüche zu klopfen wie "Butscha" oder "Mit Putin kann man nicht verhandeln". Und, horribile dictu, sogar das Grüne Hardcore-"Zentrum Liberale Moderne" wird für seine Kriegsbegeisterung hart attackiert. Testballon für eine 180-Grad-Wende hin zur Befürwortung von Verhandlungslösungen? Schickt man darum einen Layouter vor, also keinen "richtigen" Journalisten?*

dazu: **Die Pokerspieler**
Gleich mehrere führende Politiker der Berliner Regierungskoalition dringen auf die Freigabe weitreichender westlicher Waffen für ukrainische Angriffe auf Ziele weit in Russland. Das sei „alternativlos", behauptet etwa Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen). Auch aus der SPD werden Stimmen laut, die die Freigabe fordern. Moskau hat festgestellt, wegen der notwendigen Beteiligung westlicher Soldaten müsse ein Einsatz etwa von Marschflugkörpern des Typs Storm Shadow als Eintritt in den Krieg gewertet werden – mit entsprechenden Folgen. Hofreiter erklärt ganz im Stil eines Pokerspielers, davon dürfe man sich nicht beeindrucken lassen: Moskaus „Drohungen" hätten sich „wiederholt als leer erwiesen". Das trifft nicht zu, wie Russlands Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 beweist. Auch mit der Durchfahrt zweier deutscher Kriegsschiffe durch die Taiwanstraße nähert sich Berlin dem Überschreiten weiterer roter Linien an. Dabei schlugen Berliner Regierungsberater vor kurzem vor, die Bundesregierung solle gegen Fahrten fremder Kriegsschiffe vor den deutschen Küsten vorgehen, jedenfalls dann, wenn es sich um russische Kriegsschiffe handle.
Quelle: German Foreign Policy

dazu auch: **Ehemaliger Generalinspekteur warnt vor „Point of no return" im Falle weiterer Waffenlieferungen**
Mit Blick auf die Diskussion um die Lieferung weitreichender Waffen an die Ukraine mahnt Harald Kujat, einstiger Generalinspekteur der Bundeswehr, der Westen müsse aufpassen, nicht andauernd „neue rote Linien" zu überschreiten. Für die Ukraine hat

er einen Vorwurf übrig.
Quelle: Welt Online

und: **Grausame Statistik: Eine Million Tote und Verletzte im Ukraine-Krieg**
Der Ukraine-Krieg fordert einen hohen Tribut. Eine Million Tote und Verletzte nach zweieinhalb Jahren Konflikt. Wie sieht die Zukunft beider Länder aus?
Wie ein gieriger Moloch verschlingt der Ukraine-Krieg die Menschen in der Ukraine und in Russland. Nach zweieinhalb Jahren des Konflikts beläuft sich die erschütternde Zahl der Toten und Verletzten auf rund eine Million Menschen, schreibt das Wall Street Journal (WSJ). Ein grausamer Tribut, den beide Länder noch weit in die Zukunft zahlen müssen.
Quelle: Telepolis

3. **Das Maidan-Massaker – eine Operation unter falscher Flagge**
sagt das Buch von Iwan Katschanowski. Aber daraus ergeben sich auch Fragen an ARD und ZDF […]
Katschanowski wertete Videos aus, Fernsehberichte diverser Länder, Interviews mit Zeugen sowie Gerichtsverfahren in der Ukraine.
Im Ergebnis ist er sich sicher: Es war eine „Operation unter falscher Flagge“, von Teilen des Maidan in Gang gesetzt. Auf deren Konto ging die Mehrheit der Toten und Verwundeten.
Das öffentliche Entsetzen über dieses Blutbad war einkalkuliert und diente zur Legitimation des gewaltsamen Umsturzes in der Ukraine. Er zitiert einen der damaligen Politiker der extremen Rechten. Der sagte, er habe sich bei westlichen Vertretern beschwert, warum sie untätig blieben und habe zur Antwort bekommen, dass man erst etwas machen könne, wenn die Zahl der Toten bei Hundert liege.
Wegen des Massakers vom 20.Februar 2014 rief der damalige US-Vizepräsident Biden am gleichen Tag Präsident Janukowitsch an und empfahl ihm, sein Amt zu quittieren und das Land zu verlassen. Das war exakt zu dem Zeitpunkt, als die Außenminister von Frankreich, Deutschland und Polen noch glaubten, sie hätten eine verhandelte Lösung des Konflikts zwischen Janukowitsch und der Opposition zustande gebracht, die auch von russischer Seite unterstützt wurde.
Quelle: Petra Erler
4. **Nahostkonflikt: “Die Kampfansagen starten im Kindergarten”**
Seit Jahrzehnten bekriegen sich Israelis und Palästinenser. Können sie überhaupt noch Frieden schließen? Der Psychologe Daniel Bar-Tal über Feindbilder und Opfermythen
DIE ZEIT: Obwohl Frieden für alle das Beste wäre, scheint er im Nahen Osten unmöglich zu erreichen. Neben den politischen Verwerfungen: Gibt es dafür auch

psychologische Erklärungen?
Daniel Bar-Tal: Diese Frage hat mich mein ganzes Forscherleben umgetrieben. Heute bin ich überzeugt, dass sich in Israel und Palästina ein spezielles Ethos entwickelt hat, das den Konflikt unlösbar werden lässt.
ZEIT: Was meinen Sie damit?
Bar-Tal: Im Fall der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft sind kollektives Gedächtnis, Emotionen und Psyche allesamt auf den Konflikt ausgerichtet.
Quelle: Zeit Online

dazu auch: **Wertebasierte Perspektive: Westliche Reaktion auf Israels Staatsterror.**
Wenn Israel Menschen tötet, sind es immer Terroristen. Das ist offenbar das Credo von Leuten wie Ulf Poschardt, der am Dienstag von »Next Level Terrorbekämpfung« fabulierte. Zwar waren zwei der Opfer Hunderter im Libanon explodierter Pager, die Israel mit Sprengstoff versehen hatte, Kinder. Und Bilder und Videos verdeutlichen, dass die manipulierten Funkgeräte größtenteils unter Zivilisten – auf offener Straße oder an der Supermarktkasse – explodierten. Aber wer die israelische Kriegführung in Gaza allen Ernstes als »Verteidigung« verharmlost, findet auch solche »Kollateralschäden« akzeptabel. Der ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter und Whistleblower Edward Snowden hingegen bezeichnete Israels Vorgehen auf X als »rücksichtslos«. Es sei »nicht von Terrorismus zu unterscheiden«. Snowden schrieb zudem, es sei ein »schrecklicher Präzedenzfall« geschaffen worden.
Quelle: junge Welt

und: **Medien können auch Israels Angaben nicht «unabhängig prüfen»**
Nur bei den Angaben der Gaza-Gesundheitsbehörden wiederholen sie: Die Zahl der Toten sei «nicht unabhängig zu überprüfen».
Als Beispiel soll ein Artikel dienen, den ich auf «Zeit Online» am 2. August 2024 entdeckte. Er trug die Überschrift «Israel bezeichnet getöteten Journalisten als Hamas-Kämpfer». Der Titel hätte in fast jedem Medium in Deutschland stehen können. Es wurde der israelische Informations-Minister zitiert. «Zeit Online» ergänzte nicht etwa, dass diese Angabe «nicht unabhängig überprüft werden kann».
Der gleiche Minister hatte im Juni den TV-Kanal Al-Jazeera als «Sprachrohr des Terrorismus im Dienst der Hamas» bezeichnet.
Das ist die gängige Erzählung: Es sind Terroristen. Israel bekämpft nur Terroristen. Wo ist denn das Problem?
Gegen das Bekämpfen von Terroristen kann man nichts einwenden. Allerdings geht die israelische Seite mit dem Begriff Terrorismus sehr grosszügig um. Der israelische

Vertreter bei der Uno bezeichnete sogar die Uno als einen Hort des Terrorismus.
Quelle: Michael Lüders auf Infosperber

5. **Öffentlich-Rechtliche Desinformation**
„Wirtschaft vor acht“ in der ARD ist schon lange eine Zumutung für alle Menschen, die ein wenig von Wirtschaft verstehen. Doch in der vergangenen Woche übertraf diese Sendung sich selbst. Markus Gürne, studierter Rechtswissenschaftler, nutzte seine drei Minuten für total unfundierte Aussagen über Haushaltsgleichgewichte und für einen Angriff auf chinesische Handelsüberschüsse. Praktisch jede seiner Aussagen war mehr als fragwürdig und müsste, um einen bei den öffentlich-rechtlichen Sendern besonders beliebten Begriff zu benutzen, als „Desinformation“ bezeichnet werden.
Quelle: Relevante Ökonomik
6. **500.000 Euro: Dieser Mann verdient mehr als Habeck und Scholz – und schadet unserer Wirtschaft!**
Beim Autoriesen VW drohen Werksschließungen. Die Arbeitslosigkeit ist so hoch wie seit Corona nicht mehr. Statt Miniwachstum droht Nullwachstum dieses Jahr. Deutschland steckt in der Wirtschaftskrise, noch immer.
Und wer ist schuld? Wirtschaftsminister Robert Habeck? Die Ampel generell? Mit Sicherheit. Aber eben nicht nur. Denn da ist noch ein anderer mächtiger Mann, der großen Einfluss auf die Wirtschaft hat. Über den wird aber nicht so häufig gesprochen wie über Robert Habeck oder den Kanzler Olaf Scholz. Sein großer Einfluss wird unterschätzt. Dabei verdient er eine halbe Million Euro pro Jahr – also mehr als Habeck und Scholz! – und leitet die wichtigste Bank des Landes: die Deutsche Bundesbank. Sein Name: Joachim Nagel.
Seit 2022 leitet Nagel Deutschlands Zentralbank, in der er schon vorher 17 Jahre gearbeitet hat. Bekommen hat er den Posten, weil Kanzler Scholz ihn dafür vorgeschlagen hat. Die SPD hatte sich dieses Vorschlagsrecht in den Koalitionsverhandlungen gesichert. Denn: Nagel ist SPD-Parteigenosse von Olaf Scholz.
Quelle: Maurice Höfgen in Berliner Zeitung
7. **Die «Heuschrecken» gefährden das Finanzsystem**
Private-Equity-Fonds prahlen mit ihrem Erfolg. Kritiker behaupten, sie plündern unter enormen Risiken schamlos die Allgemeinheit.
Fast minus zehn Prozent am 2. September – dieser Kursverlust war nicht gerade ein Vertrauensbeweis der Anleger für die Aktie der Zuger Partners Group. Das Geschäft des einstigen Höhenfliegers der Private-Equity-Szene, der die Investoren in Zeiten des billigen Geldes mit angeblich cleveren Firmen-Transaktionen, interessanten Renditen und tiefen Risiken lockte, harzt offensichtlich gerade.

Die «Partners Group vertröstet erneut auf nächstes Jahr» hiess denn eine der ernüchternden Schlagzeilen, die in den Fachmedien nach der jüngsten Vorlage der Ertragszahlen für das erste Halbjahr die Runde machten. Auf den Transaktionsmärkten herrsche zwar keine komplette Flaute, aber Käufer und Verkäufer verhielten sich nach wie vor zögerlich, hiess es weiter.
Quelle: Infosperber

Anmerkung unseres Lesers U.D.: *Ein lesenswerter Artikel. Merz kennt sicher die Zusammenhänge, aber bei BM Lindner und BM Habeck bin ich mir nicht sicher.*

8. **So ungerecht geht es in Deutschland zu**
   In Deutschland muss eine Friseurin, die an der Armutsgrenze verdient, einen größeren Anteil ihres Arbeitslohns für Krankenversicherungsbeiträge bezahlen als der Oppositionsführer im Bundestag. Das ist nicht gerecht, aber Realität im Sozialsystem.
   […]
   Während die reichsten Erwerbstätigen knapp 40 Prozent ihres Einkommens abgeben, sind es bei den ärmsten Deutschen noch immer 35 Prozent. Diese relativ hohen Abgaben und Steuern bei Wenigverdiener sind eine wichtige Ursache für die Ungleichheit in Deutschland.
   Die Schieflage wird allerdings nicht ausreichend wahrgenommen, denn die öffentliche Debatte wird immer noch von den scheinbar unverhältnismäßig großzügigen „Sozialtransfers“ beherrscht. Dabei profitieren Gutverdiener noch immer von umfangreichen Steuervergünstigungen, während es solche Vorteile für Geringverdiener so gut wie gar nicht gibt.
   Quelle: Deutschlandfunk Kultur
9. **BSW-Großspender von der Ostsee: Die wahre Herkunft der Wagenknecht-Millionen**
   Fast 5,1 Millionen Euro für Sahra Wagenknechts russlandfreundliche Partei: Die größte Spende einer Privatperson jemals gab große Rätsel auf – bisher. t-online hat die Quelle des Reichtums gefunden.
   Ein riesiger Geldregen für Sahra Wagenknecht hat sehr viel mehr mit Ed Sheeran und dem Eurovision Song Contest zu tun als mit Wladimir Putin oder der SED. Das zeigen neue Recherchen von t-online, die der Herkunft von Geld nachgegangen sind, das ein Ehepaar aus Mecklenburg-Vorpommern in die junge Partei BSW gesteckt hat.
   Im Fokus dabei: Thomas Stanger und seine Ehefrau Lotte Salingré, die zusammen mehr als fünf Millionen Euro an das BSW gespendet haben.
   Lange blieb die Herkunft des Geldes unbekannt, was zu Spekulationen führte. Befeuert wurden diese auch dadurch, dass Stanger zunächst nur nebulöse Angaben

gemacht hatte. Die Suche nach dem Ursprung der Wagenknecht-Millionen zeigt nun, dass Stangers Reichtum ins Showbusiness führt, zu einer weltweit erfolgreichen Firma, die mit Politik nichts zu tun hat – und einst in einer Garage ihren Anfang nahm: das Unternehmen MA Lightning Technology GmbH aus Waldbüttelbrunn in Franken.
Quelle: t-online

Anmerkung Jens Berger: *Dieses Rechercheergebnis war sicher enttäuschend für T-Online. Zu dumm, dass sich hinter den Spendern doch nicht Putin oder die sagenhaften SED-Millionen verbergen.*

10. **Theo, wir fahren nach rechts**
Kürzlich kopierte ich einen Beitrag von X-ehemals-Twitter, in dem sich jemand anläßlich der jüngsten AfD-Wahlerfolgen Gedanken zum Umgang mit selbiger machte, und teilte ihn auf Facebook. Es folgten rege Diskussionen, wobei ich die Kommentare auf Facebook nie besonders gewissenhaft verfolge, und danach machte ich mir selber nochmal ein paar Gedanken zum Thema. Hier sind sie.
Es ging (wie gesagt) um den Umgang mit der AfD.
Geschrieben hatte das jemand, dem die ritualisierte Anti-Nazi-Empörungspose der letzten Jahre zunehmend sauer aufstieß.
Wenn man fertig ist mit Empören und kurz Luft holt, wird man nämlich mit Blick auf die Wahlergebnisse feststellen, dass Demos und Omas und sonstwas gegen Rechts am Ende nichts bewirken. Eher im Gegenteil. Das ganze sieht mir immer mehr aus wie ein abgekartetes Spiel, bei dem die Rollen und Interaktionen von vornherein feststehen. Im Theater ist das sehr schön, in der Realität ermüdend. Oder wollt ihr das selber? Eure immergleiche Rolle in einer Tragikomödie spielen, bei der man den Ausgang sowieso schon kennt? Riesengroße Demo gegen rechts, und dann gewinnt die AfD?
Man kann bei allem, was man tut, zwei Fragen stellen:

    - Ist es moralisch geboten?
    - Bewirkt es das, was ich bewirken will (also Gutes)?

Gesinnungs- bzw. Verantwortungsethik nennt sich das. Den Deutschen wird oft nachgesagt, sie neigten zu ersterem. Mag sein. Ich bevorzuge letzteres, denn die schönste Gesinnung nützt nichts, wenn ich am Ende damit nichts oder sogar Schlimmes bewirke.
Quelle: Dietrich Brüggemann

dazu auch: **Deutsche Bank fordert längere Arbeitszeiten gegen den Rechtsruck**
Der Chef der Deutschen Bank zeigt sich entsetzt über den Rechtsruck – und empfiehlt, mehr zu arbeiten. Was das miteinander zu tun hat? Nichts. Aber das muss einen bürgerlichen Sachverstand auch nicht kümmern. […]
Die Sorgen der Menschen sollen berücksichtigt werden! Nur, was hat das zu bedeuten, wenn es der Chef der Deutschen Bank fordert? Höhere Löhne? Mehr Freizeit? Natürlich nicht, im Gegenteil. Denn einem Chef der Deutschen Bank ist es in Wahrheit egal, wie die Frage lautet. Es ist ganz gleich, ob man ihn fragt, was sein Lieblingsessen ist, wer deutscher Meister wird, oder wie er die Wahlergebnisse in Ostdeutschland interpretiert. Die Antwort lautet immer nur, wie bei einer kaputten Schallplatte: Der Wirtschaftsstandort ist in Gefahr, es muss mehr gearbeitet werden!
Quelle: Ole Nymoen auf Jacobin